

Preis der Einzelnummer 5 Grusch
Bezugspreis
Inland: 1 Monat 1.75 T. Pfd., 3 Monate 4.75 T. Pfd., 6 Monate 8.50 T. Pfd., 12 Monate 15.00 T. Pfd.
Ausland: 1 Monat 2.00 T. Pfd., 3 Monate 5.50 T. Pfd., 6 Monate 10.00 T. Pfd., 12 Monate 18.00 T. Pfd.
A-Mark oder Gegenwert. Alle einschließlichen Porto. Inverantw. Seite 1 ca. 100 Grusch, 2. Seite 75 Grusch, 3. Seite 50 Grusch, 4. Seite 20 Grusch.
(Inlandspreise)
Geschäftsleitung: Schlechhans-Karakol, Jokuschu, Bavario-Caleja-Casso, Phoenixhaus.
Druckanstalt: Turkpost, Fernspr. Pera 1733, Postfach: Galata 855.

Türkische Post

تاریخچه و غرضت
آبوسته
دائره شماره ۱۰۰
تاریخچه و غرضت
آبوسته
دائره شماره ۱۰۰
تاریخچه و غرضت
آبوسته
دائره شماره ۱۰۰

3. JAHRGANG NO. 262 **Tageszeitung für den Nahen Osten** Konstantinopel, Sonnabend, 22. Sept. 1928

Organ der Deutsch-Türkischen Vereinigung, Berlin, der Türkisch-Deutschen Handelskammer, Hauptsitz Frankfurt a. M. und der Deutschen Handelskammer in Wien.

Tagesspiegel.

In Genf wurde beschlossen, vor der Einberufung der vorbereitenden Abrüstungskommission die Einigung der Seemächte abzuwarten.
Ungarn und Rumänien erkannten die neue Staatsform Albanens an.
Nach einer weiteren Probefahrt wird das Luftschiff „Graf Zeppelin“ zwei Fahrten über München und Berlin und über das Saargebiet ausführen.

Vor den Wahlen in Lettland.

Binnen kurzem stehen die Parlamentswahlen in Lettland bevor. Die Parteiprogramme werden veröffentlicht und die Wähler aufgefordert, sich in die Listen einzutragen. Ueberall kann man eine grosse Wahlmüdigkeit feststellen, der Glaube an den Parlamentarismus scheint in Lettland ins Wanken geraten zu sein. Die extremen Parteien von rechts und von links treiben eine offene Propaganda und es gibt viele, die sich eher ihnen als den bisher regierenden Parteien anschliessen. Die demokratische Presse verzeichnet mit Bedauern die allgemeine Wahlmüdigkeit. Sie weiss aber kein Mittel anzugeben, wie das Interesse für das Parlament in den breiteren Volksschichten wieder geweckt werden könnte. Nach dem letzten Putsch und dem Strassenkampf in Riga haben sich die linken Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer, deren nahe Beziehungen zu den Kommunisten feststellbar wurden, zwar für besiegte erklären müssen, haben aber ihre Agitation im geheimen keineswegs aufgegeben. Es scheint, dass sie die Wahlperiode dazu benutzen wollen, sich von neuem zu sammeln und wieder einen Putsch hervorzurufen. Die rechten, die sogenannten faschistischen Gruppen, haben keinen beträchtlichen Gefolge. Auch ihren Plänen ist die allgemeine Wahlmüdigkeit unter Umständen günstig. Die nationalen Minderheiten, die Deutschen und die Russen, leiden weniger unter der allgemeinen Uninteressiertheit. Die Deutschen spielen im Rigaer Sejm keine unbedeutende Rolle. Ihren Stimmen war es zu verdanken, wenn seinerzeit der lettland-russische Handelsvertrag angenommen wurde. Aber auch unter den Deutschen herrscht keine völlige Einheit. Immerhin darf man hoffen, dass es ihnen gelingt, wird, zum mindesten die gleiche Anzahl von Abgeordneten in den Sejm zu bringen, die sie im alten hatten. Die Wahlmüdigkeit ist nicht allein ein Symptom in Lettland, sie hat sich auch im benachbarten Estland bemerkbar gemacht und auch Litauen hatte unter der Parteizersetzung zu leiden, sodass es Professor Voldemaras nicht schwer fiel, auf eigene Verantwortung eine Verfassungsänderung, die einer Diktatur fast gleichkam, vorzunehmen. Die überzeugten Parlamentarier geben sich bisher vergeblich Mühe, das erorbene Interesse in Lettland für die Wahlen zu wecken.

Die Präsidentschaftswahlen in Mexiko.

Berlin, 21. Sept.
Nach einer Meldung aus Mexiko scheint die Wahl Emilio Gils zum Präsidenten gesichert zu sein, da sich die Hauptparteien dahin geeinigt haben sollen, seine Kandidatur zu unterstützen.

Gouverneur Smith im Wahlkampf.

New York, 21. Sept. (A. A.)
Gouverneur Smith, der demokratische Kandidat in den Präsidentschaftswahlen der Vereinigten Staaten, versuchte in einer Rede die Opposition, die gegen ihn als Mitglied der römisch-katholischen Kirche bestehen könnte, zu brechen. Er betonte, dass er nicht wünsche, dass die Katholiken der Vereinigten Staaten aus religiösen Gründen für ihn stimmen würden, und er gab seiner Meinung Ausdruck, dass die Wähler, die gegen ihn wegen seiner katholischen Konfession ihre Stimme abgeben würden, keine guten Bürger der Vereinigten Staaten seien. Er hob hervor, dass die Trennung von Kirche und Staat eine der fundamentalsten Grundlagen der amerikanischen Verfassung sei.

Zur Uebung!

Istanbulda yeni harflar.
Şehircimî Muhiddin Bey, İstanbulda yeni harfların kullanılması için bir komisyon kurduğunu ve bu komisyonun çalışmalarını tamamladığını bildirmişti.

Die neuen Buchstaben in Konstantinopel.

Der Stadtpräfekt Muhiddin Bey teilte der Kanzlei des Ministerpräsidenten mit, dass nach einer in Konstantinopel durchgeführten Untersuchung die Einführung der neuen Buchstaben ab 1. November möglich sei.

Die Rückkehr des Staatspräsidenten nach Angola.

Angora, 21. Sept. (A. A.)
Heute ist der Staatspräsident nach Angora zurückgekehrt. Er traf mit Ismet Pascha und seiner Begleitung um 11,20 Uhr in einem Sonderzug von Kassarî kommend hier ein. Am Bahnhof wurde er von dem Chef des Generalstabs Marschall Fawzi Pascha, von den Ministern, zahlreichen Abgeordneten, diplomatischen Vertretern, höheren Offizieren und Beamten empfangen. Auch ein grosser Teil der Bevölkerung hatte sich am Bahnhof eingefunden, um den Gasi zu begrüssen.
Der Stadtpräfekt von Angora, Asif Bey, hielt eine kurze Ansprache, in der er den Gasi willkommen hiess. Ein junges Mädchen überreichte ihm einen Blumenstrauß. Am Ausgang des Bahnhofs waren Schulklassen aufgestellt. Der Staatspräsident und der Ministerpräsident begaben sich direkt in die G. N. V. wo sie sich mit den Mitgliedern der Sprachkommission über Fragen der neuen türkischen Schrift unterhielten. Darauf begab sich der Staatspräsident nach Tschankaja.
Zur Begrüssung des Staatspräsidenten waren an verschiedenen Plätzen der Stadt Triumphbögen errichtet, deren Inschriften in der neuen Schrift verfasst waren. Auch die Schilder der Geschäfte in der Stadt sind inzwischen abgeändert worden. Die ganze Stadt war beflaggt, und drei Nächte lang soll sie erleuchtet werden.

Abschaffung der Bindestriche in der neuen Schrift.

Angora, 21. Sept. (A. A.)
In einem Brief an das Ministerpräsidium schlägt der Staatspräsident eine Aenderung bei der Anwendung der neuen türkischen Schrift vor, nämlich die Abschaffung der Bindestriche.

Die türkisch-griechische Frage.

Athen, 21. Sept.
Die griechische Presse berichtet, dass der türkische Geschäftsträger in Athen, Seki Nebil Bey, Weniselos einen Besuch abstattete, bei dem er dem griechischen Ministerpräsidenten den Dank Ismet Paschas für den Brief Weniselos übermittelte. Weniselos erklärte dem türkischen Diplomaten, dass er sich unmittelbar nach seiner Rückkehr persönlich mit der türkisch-griechischen Frage beschäftigen würde.

Ibrahim Tali Bey in Wan.

Wan, 20. Sept.
Der Generalinspektor für die Ostwilajets Ibrahim Tali Bey ist in Wan angekommen, wo er mit grosser Begeisterung empfangen wurde. Die Stadt war beflaggt und mehrere Triumphbögen waren errichtet. Ibrahim Tali Bey nahm abends an einem Festessen für 250 Personen teil, das die Volkspartei veranstaltet hatte, und bei dem mehrere Ansprachen gehalten wurden.

Das französische Luftministerium.

Paris, 20. Sept. (A. A.)
Im Kabinettsrat setzte heute morgen der neue Minister für Flugwesen, Laurent Eynac, seinen Plan über die Organisation seines Ministeriums auseinander. Er forderte u. a. Zentralisierung sämtlicher Luftschiffahrtsdienste, des zivilen des technischen, des militärischen und des Marineflugwesens. Im Kabinettsrat wurden keine Beschlüsse über dieses Gebiet bisher gefasst. Der Ministerrat wird am nächsten Mittwoch genau die endgültigen Aufgaben des Luftministeriums festlegen.

Zuerst Einigung der Seemächte — dann Abrüstungs-Verhandlungen.

Graf Bernstorff überstimmt

Berlin, 21. Sept.
Auf der Donnerstagstagung des Redaktionskomitees der III. Kommission der Völkerbundsversammlung, die eine Einigung zwischen den deutschen und den französischen Resolutions-Anträgen herstellen sollte, wurde mit 7 Stimmen gegen Graf Bernstorffs Stimme beschlossen, vor der Einberufung der vorbereitenden Abrüstungskommission die Einigung der Seemächte abzuwarten.

Reich und Länder zu den Genfer Verhandlungen.

Berlin, 21. Sept.
Am 2. Oktober findet in Berlin eine Konferenz der Ministerpräsidenten der deutschen Länder statt, in der Reichskanzler Müller auf Wunsch der Regierung von Bayern über die aussenpolitische Lage sprechen wird. Der auswärtige Ausschuss des Reichstags wurde für den 3. Oktober einberufen. Bis dahin wird die deutsche Delegation von den Verhandlungen des Völkerbundes zurückgekehrt sein.

„Graf Zeppelin“ auf der Probefahrt. 1000 km Zeppelfahrt.

Berlin, 21. Sept.
Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ landete nach seiner glücklichen ersten Fernfahrt von 1000 km am Donnerstagabend wieder in Friedrichshafen. Ueber Baden-Baden wurde ein Schreiben an den dort zur Kur weilenden Reichsaussenminister Dr. Stresemann mit den besten Wünschen für seine weitere Genesung abgeworfen.
Die internationale Rheinlandkommission stimmte der auf Einladung der Saargebietregierung geplanten Fahrt des Zeppelins über das Saargebiet zu.

Die nächsten Fahrten über München und Berlin.

Berlin, 21. Sept.
Der nächste Aufstieg des Luftschiffs „Graf Zeppelin“ zur Erprobung der neuen Funkanlage findet am Dienstag statt. Die darauf folgende grössere Fahrt soll einige Tage später über München nach Berlin gehen.

Chinas Auslandsverhandlungen.

Nanking, 21. Sept.
Der Wiederaufbau der Nankinger Zentralregierung ist seinem Abschluss nahe. Technisch gesehen, der zum Director des Verwaltungsdienstes bestimmt wurde, wird China in seinen Verhandlungen mit den fremden Mächten vertreten.

Die Vertreter des Irak in London und Angora.

Bassora, 20. Sept.
Durch eine Verfügung des Königs wurden die diplomatischen Vertreter des Iraks in London und in Angora zu Gesandten ernannt.

Die Besetzung des zukünftigen Generalgouverneurpostens in Südafrika.

Berlin, 20. Sept.
Einer Meldung aus London zufolge verständigte der südafrikanische Ministerpräsident Hertzog die Regierung von England, dass, wenn der nächste Generalgouverneur von Südafrika nicht ein Mitglied der englischen Königsfamilie sein sollte, die südafrikanische Regierung einen geborenen Südafrikaner vorschlagen will.

Textilstreik in Lodz.
Berlin, 21. Sept.
In Lodz sind 50.000 Textilarbeiter in Ausstand getreten.

Der französische Kabinettsrat befreit.

Paris, 21. Sept. (A. A.)
Die Pariser Blätter berichten, dass im gestrigen Kabinettsrat sich die Kollegen Briand über den Verlauf der Genfer Verhandlungen beglückwünschten.

Briands Optimismus.

Berlin, 21. Sept.
Im französischen Kabinettsrat am Donnerstag berichtete Briand über die Genfer Völkerbundstagung und erklärte, nach einer Meldung des „Intransigent“, dass gute Aussichten auf eine offizielle Regelung mit Deutschland vorhanden seien.

Weltschiedsgerichtsvertrag

Berlin, 21. Sept.
Der juristische Ausschuss der Bundesratsversammlung in Genf stellte einen Weltschiedsgerichtsvertrag auf.

Die Seemächte-Konferenz.

Tokio, 21. Sept.
Japan stimmte dem holländischen Vorschlag einer Fünfseemächte-Konferenz zu.

Aus Deutschland.

Ausbau des Hamburger Hafens.

Berlin, 21. Sept.
Der Staat Hamburg plant einen Ausbau seines Hafens, besonders des Petroleum- und Vulkanhafens für 120 Millionen RM., mit dem der Bau eines Tunnels nach Harburg verbunden ist.

Der Reichspräsident in Glogau.

Berlin, 21. Sept.
Der Reichspräsident besuchte am Donnerstag Glogau, wo er einen grossen Teil seiner Kindheit verlebte. Von Glogau, wo er besonders herzlich empfangen wurde, fuhr er nach Fraustadt weiter.

Kündigung des Lohnabkommen in der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie.

Berlin, 21. Sept.
Die in Essen tagende Delegiertenversammlung des deutschen Metallarbeiterverbandes beschloss am Donnerstag die Kündigung des Lohnabkommens in der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie.

Die Zentralbank deutscher Industrien.

Berlin, 20. Sept.
Die Zentralbank deutscher Industrien wurde mit einem Kapital von 17,5 Millionen Mk. gegründet. Der Hauptaktionär wird der deutsche internationale Trust sein. Der Präsident des Verwaltungsrates ist Finanzminister Reinhold.

Kleine Nachrichten.

Ungewöhnliche Ehrung eines deutschen Gelehrten in Japan.

Im Asakusa-Kannon-Tempel von Tokio wurde dem deutschen Gelehrten Prof. Patzold wegen seiner Verdienste um die Bekanntmachung des japanischen Buddhismus im Westen die Würde eines budhistischen Oberpriesters übertragen, was, da es sich um einen Europäer und eine sehr hohe Würde handelt, einen Präzedenzfall darstellt.

Dr. Luther und die Reichsbahn.

Der frühere Reichskanzler Dr. Luther stellte der Reichsregierung seinen Posten im Verwaltungsrat der Reichsbahn zu Ende des Jahres zur Verfügung. Damit ist die Möglichkeit der Besetzung des Postens durch den von Preussen praktisierten Kandidaten gegeben und der Konflikt zwischen Reich und Preussen beseitigt.

Groener bei der Reichswehrreform.

Groener hat sich nach Görlitz begeben, um den Reichswehrreformern beizuwohnen.

Sozialistische Vierländerkonferenz.

Berlin, 20. Sept.
Einer Meldung aus Brüssel zufolge findet Anfang Oktober in Paris die sozialistische Vierländerkonferenz mit Teilnahme Deutschlands, Frankreichs, Belgiens und Ungarns zur Prüfung der internationalen politischen Lage statt.

Letzte Nachrichten

Freiherr von Hünefeld in Buschir.
Berlin, 22. Sept.
Freiherr von Hünefeld traf am Freitag in Buschir ein, um von dort aus nach Karachi weiterzuziehen.

Deutsche Südslawien-Anleihe.
Berlin, 22. Sept.
Der südslawische Minister Subotitsch erklärte am Freitag, dass die Regierung das deutsche Angebot der 100 Millionen-Anleihe der Vereinigten Stahlwerke angenommen habe. Die Anleihe soll als Kredit für Bauausbesserungen, Eisenbahnen und Baumaterial verwendet werden.

Flugzeugunfall in England.
London, 21. Sept.
Eine junge britische Fliegerin stürzte mit ihrem Flugzeug in Brookland ab und wurde getötet. Die Fliegerin führte mit ihrem zweiten Flug aus.

Das Dengue-Fieber in Griechenland.

Berlin, 21. Sept.
Nach den letzten Feststellungen sind in Athen und den umliegenden Bezirken 600.000 Personen am Denguefieber erkrankt.

31 Millionen Rubel für die Ukraine.
Moskau, 21. Sept.
Die Sowjetregierung stellte 31 Millionen Rubel zur Unterstützung der 850.000 ukrainischen Bauern bereit, die unter der Fehlernte dieses Jahres schwer zu leiden haben.

Die Slowakei.

In wenigen Tagen jährt sich zum zehnten Male der Tag der Gründung der Tschechoslowakei. Auf Grund der Pariser Vorortverträge wurde aus den ehemaligen österreichischen Kronländern, die zur böhmischen Krone gehörten und aus der von Nordungarn herausgeschnittenen Slowakei der Tschechoslowakische Staat gebildet. Ueber die Slowakei, die mit den Tschechen diese staatliche Ehe eingegangen ist, äussert sich Viktor Aschenbrenner in der „Deutschen Arbeit“. Als Präsident Masaryk während des Weltkrieges in Amerika für die Gründung des tschechoslowakischen Staates agitierte, wurde am 30. Mai 1918 in Pittsburg mit den in Amerika lebenden Slowaken eine Vertrag geschlossen, in dem die Slowaken der Vereinigung der Slowakei mit dem zu gründenden tschechoslowakischen Staat zustimmen, aber eigenes Parlament, eigene Verwaltung, Gerichtsbarkeit und die slowakische Amtssprache verlangen. Masaryk erwartete sich jedoch später gegen diese Bezeichnung „Vertrag“, da es nur ein Abkommen gewesen sei. Der politische Führer der Slowaken hat sich deswegen an die Friedenskonferenz gewandt und eine Beschwerdeschrift überreicht. Die anwesende tschechische Delegation sorgte dafür, dass dieses slowakische Dokument verborgen blieb und als der Führer Hlinka in die Slowakei zurückkehrte, wurde er des Hochverrats angeklagt und von der tschechischen Regierung eingekerkert. Nach den Parlamentswahlen in der Tschecho-Slowakei des Jahres 1922 vertrat die Slowakische Volkspartei mit Hlinka an der Spitze die Forderung nach Erfüllung des Pittsburg Autonomievertrages, die aber abgelehnt worden war. Nimmher wandten sich die Slowaken an die Pariser Botschafterkonferenz und auch an die Prager Regierung mit einem Memorandum: „Stimmen aus dem Grabe des abgetretenen slowakischen Volkes an die ganze zivilisierte Welt.“ Das Schweigen der tschechischen Regierung, die vergeblich slowakische Versuche in Paris, die Missachtung der slowakischen Sprache, die Vernachlässigung slowakischer Kräfte bei der Besetzung von Staatsstellen, die Ausschaltung von politischen Einfluss, die Drosselung der Wirtschaft und die koloniale Behandlung der Slowaken durch die Tschechen liess die Erbitterung der Slowaken in der Folgezeit auf das höchste steigen, letzten Endes entscheidend bestimmt durch den antikatholischen Kurs der Prager Regierung. Das slowakische Volk schloss sich daher nach und nach zusammen und erlangte bei den Parlamentswahlen im November 1925 einen entscheidenden Sieg. Seit diesem Höhepunkt eigenständiger Machtaufenthalts, erfolgte ein plötzlicher Umschwung. Die slowakische Volkspartei trat im Jahre 1925 als ihr Führer Hlinka in Amerika weilt, in die Prager Regierung ein, nachdem sie zwei Ministerposten und Zugeständnisse hinsichtlich der geplanten Verwaltungsreform erhalten hatte. Diese Verwaltungsreform sieht die Errichtung eines slowakischen Landtages, dessen Verordnungsrecht der Prager Regierung start beinträchtigt wird, sowie die Errichtung slowakischer Abteilungen bei den einzelnen Prager Ministerien vor. Die Zugeständnisse entsprechen natürlich lange nicht den slowakischen Forderungen. Die slowakische Volkspartei, die gegen die Hlinka-Aktion Stellung genommen hatte, verzichtete bei den letzten Gemeinderatswahlen 15 v. H. Stimmverluste, die den Magyaren, Agrariern und Kommunisten zugute gekommen sind. Schon hat sich innerhalb der Partei eine autonomistische Gruppe gefunden, die, wenn Hlinka seinen tschechenfreundlichen Kurs nicht aufgibt, mit Abfall droht. Die Frage der slowakischen Opposition beschäftigt immer wieder ernstlich die Prager Regierung, da der Opposition die Auseinandersetzung zwischen Kulturen zweier slawischer Völker zugrunde liegt. Die Einheit der „tschechoslowakischen“ Sprache von der tschechischen Aussenpropaganda immer wieder betont und vorgebracht, wird durch die slowakische Opposition gegen die Tschechen als Unling erkannt, und die Deutschen haben alten Grund, diesen Unterschied festzuhalten und deutlich herauszustellen. Zu diesem Gegensatz kommen noch die inner-slowakischen Minderheitenfragen, von denen in der Ostslowakei 25.000 Ruthenen, in den südlichen Grenzgebieten 638.000 Magyaren, dann in den deutschen Streusiedlungen 140.000 Deutsche und ausserdem